Warum gehen so viele geopolitische Analysten davon aus, dass das ressourcenstärkste Imperium der Menschheitsgeschichte lediglich durch die unzusammenhängenden, widersprüchlichen Entscheidungen einer Gruppe von Politikern gelenkt wird? Oder warum glauben andere im umgekehrten Extrem, dieses Imperium funktioniere nach einem makellosen, allwissenden Masterplan, der in einem einzigen verrauchten Hinterzimmer ausgeheckt wurde? Wenn wir auf die heutige globale Geopolitik blicken – insbesondere auf das Vorgehen des US-geführten imperialen Kerns gegen Länder wie China, Russland oder den Iran –, dann leidet ein großer Teil der alternativen Medienlandschaft an einem geradezu karikaturhaften Missverständnis darüber, wie komplexe Institutionen und Organisationen tatsächlich funktionieren. Eine Analyse von **Nel Bonilla**.

Teil 1

Die Vorstellung eines makellosen „Masterplans“ ist ein Mythos.

Als Geographin und Soziologin beschäftige ich mich seit Jahren mit Regionalplanung sowie der Entwicklung und praktischen Umsetzung politischer Maßnahmen – von der Auswertung lokaler Flüchtlingspolitik bis hin zur Beobachtung der Planungsphasen interkultureller Gesetze in Mexiko-Stadt. Was man in diesem Bereich sehr schnell lernt, ist Folgendes: Die Vorstellung eines makellosen „Masterplans“ ist ein Mythos.

Nehmen wir als Beispiel die Bauleitplanung – die in Deutschland den Flächennutzungs- und den Bebauungsplan umfasst – für eine einzige Straße. Man kann nicht einfach eine Linie auf einer Karte ziehen und sie damit für umgestaltet erklären. Eine Straße ist bereits ein lebendiger Organismus mit ihrer ganz eigenen materiellen – sprich: physischen, sozialen und wirtschaftlichen – Realität und Geschichte. Bevor auch nur eine einzige politische Maßnahme wirksam wird, müssen die Planer das Fußgängeraufkommen untersuchen. Sie müssen jedes Gebäude erfassen, die aktuelle Nutzung bewerten, die am stärksten frequentierten Bereiche identifizieren, mit Passanten und Anwohnern sprechen und endlose, sich wiederholende Gespräche mit lokalen „Stakeholdern“ – also den verschiedensten Interessenvertretern vor Ort – führen. Dann folgen die Konzeptpapiere, die Weißbücher, die Haushaltszwänge, die Umsetzungspläne und die fortlaufenden Auswertungen. Und genau dann, wenn der Plan endlich steht, tritt eine neue Verwaltung ihr Amt an oder die materiellen Rahmenbedingungen – wie etwa die ökonomische Lage oder die Ressourcenverteilung – ändern sich, und der gesamte Prozess muss überarbeitet und angepasst werden.

Wenn es schon derart viel bürokratische Reibung, ständige Anpassungsschleifen und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse erfordert, um auch nur die Entwicklung einer

einzigen Straße zu verändern – warum gehen dann so viele geopolitische Analysten davon aus, dass das ressourcenstärkste Imperium der Menschheitsgeschichte lediglich durch die unzusammenhängenden, widersprüchlichen Entscheidungen einer Gruppe von Politikern gelenkt wird? Oder warum glauben andere im umgekehrten Extrem, dieses Imperium funktioniere nach einem makellosen, allwissenden Masterplan, der in einem einzigen verrauchten Hinterzimmer ausgeheckt wurde?

Wenn wir auf die heutige globale Geopolitik blicken – insbesondere auf das Vorgehen des US-geführten imperialen Kerns gegen Länder wie China, Russland oder den Iran –, dann leidet ein großer Teil der alternativen Medienlandschaft an einem geradezu karikaturartigen Missverständnis darüber, wie komplexe Institutionen und Organisationen tatsächlich funktionieren. Wenn eine US-Militäroperation ihr Maximalziel verfehlt, erklären viele Kommentatoren das Imperium sofort für „besiegt“ oder gänzlich inkompetent.

Doch Imperien kapitulieren ebenso wenig wie Stadtverwaltungen, wenn eine politische Maßnahme scheitert. Sie werten die Ergebnisse aus, konsultieren ihre Interessengruppen, geben Studien in Auftrag und passen ihre Strategien an. Die Vorstellung, es gäbe einen grandiosen Masterplan, oder umgekehrt die Behauptung, es gäbe überhaupt keinen Plan, sind Annahmen mit handfesten politischen Konsequenzen. Ich möchte erklären, warum das so ist – und zwar aus der Perspektive von jemandem, der sich jahrelang intensiv mit der Erforschung von Planungsprozessen beschäftigt hat.

Was Planung eigentlich ist

Das herkömmliche Verständnis von Planung beruht auf einer fein säuberlichen, konzeptionellen Trennung zwischen der Festlegung von Zielen und deren Umsetzung. Auch wenn darin ein wahrer Kern steckt, hat dieses Denkmodell fast nichts damit zu tun, wie riesige, weitverzweigte Institutionen in der Praxis tatsächlich arbeiten.

In der allgemeinen Vorstellung ist ein „Plan“ eine statische Blaupause – entworfen von einem einzigen genialen Drahtzieher oder einem kleinen, im Verborgenen agierenden Zirkel –, die eine makellose, lineare Abfolge von Handlungen diktiert, welche geradewegs zu einem vorherbestimmten Ergebnis führt. Aufgrund dieses Mythos ziehen Außenstehende sofort den Schluss, es gäbe überhaupt keinen Plan, sobald die Realität diesem filmreifen Bild nicht entspricht – wenn wir stattdessen ein Chaos aus konkurrierenden Dokumenten, diversen Autoren, endlosen Überarbeitungsschleifen und Anpassungen an veränderte Bedingungen vorfinden. Aber genau diese chaotische, von ständigen Anpassungen geprägte Reibung ist es, wie Planung in jeder komplexen Organisation tatsächlich aussieht.

Schlüsseln wir die tatsächlichen Dimensionen dieses Prozesses einmal auf und übertragen wir sie direkt auf die imperiale strategische Architektur, die wir heute beobachten:

Ein Plan ist niemals ein einzelnes, statisches Dokument. Er ist eine Hierarchie und ein Geflecht von Dokumenten. Tatsächlich ist es weitaus präziser, das Substantiv als solches komplett fallen zu lassen: Anstatt nach einem fertigen, abgeschlossenen „Plan“ zu suchen, müssen wir den kontinuierlichen *Prozess der Planung* in den Blick nehmen. Dieser Prozess verteilt sich über eine Vielzahl von Institutionen und Organisationen – staatliche, private, halbstaatliche und informelle. Kein einzelner Akteur kontrolliert dabei jeden Baustein. Der innere Zusammenhalt des Ganzen entsteht stattdessen durch geteilte professionelle Normen, gemeinsame Datensätze, rechtliche Vorgaben und das institutionelle Gedächtnis (d.h. die gesammelten Erfahrungen, ungeschriebenen Gesetze und Routinen von Behörden).

Betrachten wir einen typischen Regionalentwicklungsplan, der sich über mehrere, klar voneinander getrennte Phasen und Rahmenwerke streckt:

- **Strategische Rahmenkonzepte:** Hier geht es um die Festlegung der übergeordneten Vision und Ziele (z. B. „Steigerung der regionalen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit um 20 Prozent innerhalb von 15 Jahren“).

- **Raumordnungspläne:** Hier geht es um die Übertragung dieser abstrakten Ziele in physische Realitäten wie die Ausweisung konkreter Flächennutzungszonen und Infrastrukturkorridore.

- **Fachpläne:** Detaillierte Konzepte für Verkehr, Energie, Wohnungsbau und Umweltschutz, die jeweils von spezialisierten Fachbehörden mit ganz eigener Expertise und eigenen Klientelen verfasst werden.

- **Umsetzungsprogramme:** Die harte Realität von Haushaltsplänen, Zeitplänen, zuständigen Behörden und Leistungskennzahlen für den nächsten 3- bis 5-Jahres-Zyklus (oder für welchen Zeithorizont auch immer kalkuliert wurde).

- **Evaluierungsberichte:** Bestandsaufnahmen, die den Fortschritt messen, Hindernisse aufzeigen und entsprechende Anpassungen empfehlen.

Darüber hinaus ist Planung fast nie ein linearer, einmaliger Vorgang. Selbst ein in sich abgeschlossenes Projekt wie der Bau eines Gebäudes hat einen langen Lebenszyklus, denn ein Gebäude wird nicht einfach in einen luftleeren Raum gesetzt; vielmehr ist es fest in

einer physischen Umgebung verankert – inmitten bestehender Infrastruktur, sich wandelnder Stadtviertel und größerer regionaler Ökosysteme –, die ihrerseits ständigen eigenen Planungsprozessen unterliegt. Das Gebäude wird schlichtweg zu einem Knotenpunkt in diesem größeren, beständigen Geflecht.

Echte Planung ist daher ein kontinuierlicher Kreislauf aus Konzeptentwicklung, praktischer Umsetzung, Auswertung und Überarbeitung. Sie umfasst fest verankerte Mechanismen zur ständigen Anpassung: Alternativszenarien, Rückkopplungsschleifen und vorgeschriebene Prüfintervalle. Die Tatsache, dass sich ein Plan als Reaktion auf neue Rahmenbedingungen ändert, ist folglich ein Zeichen dafür, dass der Planungsprozess funktioniert. Die Anpassung an diese ständigen Reibungen gehört schlichtweg zum Alltag in der Planungspraxis.

Wenn der Stadtrat beschließt, einen neuen Recyclinghof zu bauen, rollen nicht einfach am ersten Tag die Bagger an. Stattdessen gibt es drei hitzige Haushaltsdebatten, weil die ursprünglichen Kostenkalkulationen dreimal geplatzt sind. Es muss eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Ein Anwohner legt Widerspruch dagegen ein, was eine Sondersitzung des Planungsausschusses nach sich zieht. Das wiederum verzögert den Zeitplan und erzwingt letztlich eine Nachverhandlung mit dem privaten Bauunternehmen. Das Bild dürfte vertraut sein.

Wenn das passiert, verstehen wir intuitiv, dass der Weg durch diese zermürbende Bürokratie – also die ständige Anpassung an diese Reibungen – ein fester Bestandteil des Planungsprozesses ist. Doch wenn dieselbe strukturelle Anpassung auf der Ebene der imperialen Strategie stattfindet, schlagen viele die Hände über dem Kopf zusammen, verweisen auf genau diese Reibung und erklären, das Imperium versinke im „Chaos“.

Den imperialen Prozess nachzeichnen: Das Beispiel „Energie als Waffe“

Wir können die transatlantische strategische Architektur rund um den Einsatz von Energie als Waffe direkt auf diese alltäglichen Planungsstrukturen übertragen. Mir ist bewusst, dass globale Energiepolitik ein hochgradig brisantes Thema ist. Lassen Sie mich deshalb einem beliebten Scheinargument in diesem Zusammenhang direkt den Wind aus den Segeln nehmen: Nein, ich behaupte keineswegs, dass die USA die Absicht haben oder auch nur versuchen, die ganze Welt erfolgreich mit Energie zu versorgen. Darum geht es hier schlichtweg nicht.

Stattdessen geht es hier um Folgendes: Die Steuerung dieser globalen Energieströme – sprich: der weltweiten Lieferketten von Erdöl, Gas und anderen Rohstoffen – und insbesondere ihre Instrumentalisierung als Waffe und ihre gezielte Vorenthaltung –

funktioniert nach den Regeln eines klassischen Fachplanungsprozesses.

Wir sprechen hier von weitreichenden Finanz- und Handelssanktionen und militärischen Eingriffen gegen Länder wie Venezuela oder den Iran, die globale Versorgungsketten – etwa nach China oder Südostasien – empfindlich stören. Wir sprechen von Preisdeckeln und dem gezielten Kapern russischer Öltanker. Wir sprechen von Technologie-Blockaden und der Kontrolle maritimer Nadelöhre, während gleichzeitig die eigene Überproduktion, wie etwa US-Flüssiggas (LNG), massiv in Märkte wie Europa oder Asien gepumpt wird, um Konkurrenten zu verdrängen.

Dieser Prozess folgt demselben administrativen Rhythmus wie die Arbeit unseres Stadtrats. Betrachtet man die Aktenlage, offenbart sich der imperiale „Plan“ als ein kontinuierliches, vielschichtiges System:

Das strategische Rahmenkonzept:

Die *National Energy Policy* (Nationale Energiepolitik) von 2001, hervorgegangen aus Dick Cheneys Treffen hinter verschlossenen Türen mit den Konzernchefs der Energiewirtschaft, dient hier als Grundlagendokument. Sie formuliert das übergeordnete, langfristige Ziel: den Schwerpunkt der globalen Energieversorgung in die westliche Hemisphäre zu verlagern und die Abhängigkeit von ausländischen Mächten, die nicht immer Amerikas Interessen im Sinn haben, zu verringern.

Die Raumordnungskonzepte:

Berichte wie „*Fueling a New Order*“ (2014) der Denkfabrik Brookings fungieren als Übersetzer. Sie nehmen das strategische Ziel und übertragen es auf geopolitische Szenarien. Dabei identifizieren sie die neuen Möglichkeiten, die durch die Schiefergas-Revolution (Fracking) in den USA entstanden sind, definieren kritische Nadelöhre sowie Transportkorridore und skizzieren die Logik der „*mutually assured denial*“ – also einer Art gegenseitig zugesicherten Blockadefähigkeit.

Dahinter verbirgt sich die strategische Einsicht, dass die USA industriell aufstrebende Mächte nicht mehr einfach militärisch übermannen oder abschneiden können, während diese Länder im Gegenzug anerkennen müssen, dass sie die US-Präsenz aus ihren maritimen Einflusssphären vorerst nicht vertreiben können.

Die Fachpläne:

Als Nächstes überführen militärische Akademien und Denkfabriken diese Konzepte in die

operative Praxis. Die *Naval Postgraduate School* (die Elite-Universität der US-Marine) hält Seminare zum Thema „Energy Defense" (Energieverteidigung) ab, in denen bereits 2015 in einer Vorlesung die sogenannte „Reverse Oil Weapon" – die umgekehrte Ölwaffe – thematisiert und explizit auf eine Blockade der Straße von Hormus Bezug genommen wird. Hier wird Energie ganz offen als eigener Bereich der Seekriegsführung behandelt.

Das *Army War College* veröffentlicht zeitgleich Strategiepapiere wie *„New Realities"* (Neue Realitäten: Energiesicherheit in den 2010er-Jahren und die Folgen für das US-Militär), in denen detailliert skizziert wird, wie die USA ihre neue Dominanz durch die Fracking-Revolution strategisch nutzen können, um geopolitische Konkurrenten wie Russland und den Iran vom Markt zu verdrängen und asiatische Verbündete enger an sich zu binden.

Die Umsetzungsprogramme:

Schließlich schlagen sich diese Konzepte in der realen Welt nieder – und zwar über Haushaltspläne, die strategische Ausrichtung und Stationierung von Truppen (sogenannte *Force Postures*) und rechtliche Rahmenbedingungen. Genau das sehen wir bei konkreten Maßnahmen wie der NATO-Mission *„Operation Arctic Sentry"* (Operation Arktischer Wächter), dem *Maritime Action Plan* (Maritimer Aktionsplan) der US-Marine oder bei neuen Gesetzen wie dem *SHIPS for America Act* von 2025 – einem weitreichenden Gesetzespaket, das die amerikanische Schiffbauindustrie mit massiven Staatsmitteln wieder aufrüsten soll, um in der globalen Großmachtrivalität auf den Meeren bestehen zu können.

Die Evaluierungs- und Anpassungsmechanismen:

Gipfeltreffen wie die Bilderberg-Konferenz, die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) oder das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos fungieren in diesem System als eine Art Prüfungsausschüsse. Tagesordnungspunkte wie „Arktische Sicherheit" oder „Energiediversifizierung" sind letztlich nichts anderes als die formellen Überschriften, unter denen die versammelten Akteure den bisherigen Fortschritt bewerten, Hindernisse aufzeigen und die notwendigen strategischen Anpassungen koordinieren.

Ein konkretes Resultat dieses kontinuierlichen Kreislaufs ist die strategische Entwicklungslinie der Politik gegenüber dem Iran: Sie bewegt sich vom JCPOA (dem internationalen Atomabkommen) über die Kampagne des maximalen Drucks und Phasen der verdeckten Eskalation bis hin zu den gegenwärtigen Verhandlungen über eine Absichtserklärung.

Jede dieser Phasen zieht ihre Lehren aus der vorangegangenen. Das übergeordnete Ziel

bleibt dabei stets konstant – nämlich den Iran als souveräne Bedrohung zu neutralisieren –, doch die Methoden werden kontinuierlich an die auftretenden Reibungen angepasst. Nichts von alledem bedarf eines einzigen Urhebers, eines einzigen verrauchten Hinterzimmers oder eines streng geheimen Dokuments mit der Aufschrift „Der Masterplan".

Was es stattdessen braucht, ist ein institutionelles Ökosystem. Der innere Zusammenhalt entsteht durch ein gemeinsames strategisches Vokabular, das über Jahrzehnte hinweg in unterschiedlichsten Institutionen verinnerlicht wurde. Diese gemeinsame Sprache ermöglicht es völlig verschiedenen Akteuren in ganz unterschiedlichen Fachbereichen, Dokumente zu produzieren, die sich nahtlos gegenseitig verstärken. Weil das Personal innerhalb dieser Institutionen denselben strukturellen Anreizen folgt – man denke an Karrieresprünge und den Drehtür-Effekt zwischen Thinktanks, Regierungsämtern und Konzernen – und als transatlantische Funktionselite eine gemeinsame Klassenposition teilt, ist eine ausdrückliche Koordination oftmals gar nicht nötig. Ihre Pläne decken sich einfach deshalb, weil ihre Institutionen sozial und materiell auf derselben Linie liegen und diese über Jahre und Jahrzehnte historisch gewachsen ist.

Verschiedene Autoren, verschiedene Zielgruppen

Ein weiterer aufschlussreicher Punkt ist, dass die unterschiedlichen Dokumente innerhalb eines Planungsprozesses von unterschiedlichen Autoren verfasst werden und sich an gänzlich andere Zielgruppen richten. Ein strategisches Rahmenkonzept wird von hochrangigen Kommissionen (wie der Arbeitsgruppe des damaligen US-Vizepräsidenten Dick Cheney) erarbeitet und hat politische Entscheidungsträger sowie Unternehmensvertreter als Zielgruppe. Ein operatives Konzept hingegen wird von militär-akademischen Forschern (wie jenen an der *Naval Postgraduate School*) verfasst; das Publikum hierfür sind Stabsoffiziere der mittleren Führungsebene und Verteidigungsplaner. Ein konkretes Umsetzungsprogramm wiederum wird von Behördenmitarbeitern geschrieben und richtet sich an Programm-Manager und Haushaltsbeamte. Und so weiter …

Diese bewusste Aufteilung nach Autoren und Zielgruppen ist ein Beweis für einen ausgereiften, institutionell ausdifferenzierten Planungsapparat. Dass die Cheney-Arbeitsgruppe nicht die Seminare der *Naval Postgraduate School* konzipiert und Letztere wiederum nicht die Tagesordnung der Bilderberg-Konferenz festlegt, spiegelt wider, wie die Planungsfunktion auf ein ganzes Netzwerk hochspezialisierter Institutionen verteilt ist. Jede von ihnen steuert einen Baustein zu einer übergeordneten Architektur bei. Kein einzelner Akteur kontrolliert dieses Gebilde vollständig, und dennoch bringt es in sich schlüssige, strategisch stringente Resultate hervor.

Ein dezentraler, vernetzter Planungsapparat bedeutet also keineswegs, dass es keinen Plan gibt. Der Kern der institutionalisierten Planung in komplexen Systemen – seien es nun Regierungen, riesige Unternehmensnetzwerke, große Organisationen oder auch regionale Staatenbünde – besteht ja gerade darin, dass niemand im Sinne eines einzelnen, alles lenkenden Kopfes „das Sagen“ haben muss. Die Institutionen selbst bringen diese strategische Geschlossenheit ganz ohne zentralen Planer hervor – und zwar durch ihre festen Abläufe, ihre Karrierewege, ihre Finanzströme und nicht zuletzt durch ihre ideologischen Grundannahmen, die sich über Jahrzehnte hinweg herausgebildet haben.

Die Rückkopplungsschleife in der Praxis: das Fallbeispiel Iran

In der Stadt- und Regionalplanung werden Pläne nicht einfach einmalig ausgeführt und dann zu den Akten gelegt. Sie werden umgesetzt, überwacht, evaluiert und in einem kontinuierlichen Zyklus angepasst – eine Rückkopplungsschleife. Wenn wir uns nun die imperiale strategische Architektur in Bezug auf den Iran genauer ansehen, können wir diese Logik am Werk sehen. Wir beobachten dabei verschiedene „Iterationen“, womit ich einen wiederholten, sich stetig anpassenden Durchlauf meine:

Iteration 1 (Verhandelte Eindämmung):

Das JCPOA (das internationale Atomabkommen von 2015) war der Plan, das iranische Atomprogramm durch eine „diplomatische“ Eindämmung zu kontrollieren. Dieser Plan wurde in der Folgezeit von der Trump-Administration evaluiert, für eine umfassendere regionale Eindämmung als unzureichend bewertet und schließlich verworfen.

Iteration 2 (Maximaler Druck):

Die Strategie wurde überarbeitet und auf eine Kampagne der wirtschaftlichen Erdrosselung umgestellt. Als auch dies evaluiert und als unzureichend eingestuft wurde, um eine iranische Kapitulation herbeizuführen, eskalierte man zu „kinetischen Aktionen“ – im militärischen Sprachgebrauch ist damit der tatsächliche Einsatz physischer, tödlicher Gewalt gemeint. Dies zeigte sich in der Ermordung von General Soleimani und der verdeckten Sabotage von Energieinfrastruktur, was letztlich direkt in den Krieg von 2024 bis 2026 mündete.

Iteration 3 (Kinetischer Krieg & Maritime Blockade):

Dieser Krieg wurde quasi in Echtzeit evaluiert. Die Straße von Hormus wurde zu einem aktiv umkämpften Seegebiet und eine Seeblockade wurde errichtet. Das Konzept der

„Reverse Oil Weapon“ (der umgekehrten Ölwaffe) – das, wie wir gesehen haben, bereits ein Jahrzehnt zuvor an der *Naval Postgraduate School* vermittelt worden war – wurde offiziell in die Praxis umgesetzt. Und all dies geschah, während die bisherigen Instrumente aus der zweiten Iteration (die Wirtschaftssanktionen) weiterhin parallel zum Einsatz kamen.

Iteration 4 (Fragmentierung & die Absichtserklärung):

Nachdem es nicht gelungen ist, durch militärische Mittel eine vollständige Kapitulation zu erzwingen, vollzieht die Strategie einen erneuten Schwenk. Das gegenwärtige *Memorandum of Understanding* (die informelle Absichtserklärung) steht für einen gezielten Ansatz der Fragmentierung – höchstwahrscheinlich nach dem Vorbild jener Strategien, die bereits gegen Venezuela zum Einsatz kamen, oder angelehnt an das Rahmenwerk des sogenannten *Board of Peace* (Friedensrat). Dieses Vorgehen bietet der lokalen integrationswilligen Fraktion (also jenen Teilen der iranischen Elite, die eine wirtschaftliche Annäherung an den Westen suchen) einen Weg zu dringend benötigter finanzieller Liquidität. Im Gegenzug werden dem Iran jedoch nahezu unumkehrbare Zugeständnisse abgepresst – wie etwa der Verzicht auf die strategische Kontrolle der Straße von Hormus und das Einfrieren des Atomprogramms – und das im Tausch gegen westliche Versprechen, die jederzeit widerrufen werden können.

Diese Zugeständnisse wären deshalb de facto unumkehrbar, weil die Falle struktureller Natur ist: Die Unterzeichnung des Abkommens zwingt den Iran in eine neue diplomatische und infrastrukturelle Realität. Jede zukünftige Schließung der Straße von Hormus wäre dadurch auf der internationalen Bühne mit weitaus höheren politischen und wirtschaftlichen Kosten verbunden. Darüber hinaus manipuliert diese Dynamik direkt das Machtgleichgewicht zwischen den konkurrierenden Elitenfraktionen innerhalb des Irans, indem von außen diktiert wird, wer zu welchem Zeitpunkt an politischer Hebelwirkung gewinnt. Zwar verdienen die genauen Mechanismen dieser internen Machtkämpfe – und was sie für den zukünftigen Einsatz asymmetrischer Abschreckungsmittel (wie etwa verbündete Milizen oder Drohnennetzwerke) bedeuten – eine eigene, ausführliche Analyse, doch auf den ersten Blick scheint die übergeordnete imperiale Funktion dieses Abkommens teilweise darin zu bestehen, den inneren Zusammenhalt des Zielstaates zu zerschlagen.

Die Tinte unter dieser Absichtserklärung ist kaum getrocknet, und die geopolitische Lage bleibt hochgradig im Fluss. Daher kann dies zwangsläufig nur eine erste Einschätzung seiner strategischen Funktion sein. Doch ob dieses konkrete Abkommen nun hält, schon im nächsten Monat in sich zusammenbricht oder zu etwas völlig anderem mutiert, seine Rolle bleibt dieselbe: Es ist der neueste Datenpunkt in einer fortlaufenden Rückkopplungsschleife.

Jede einzelne dieser Phasen ist eine Iteration, und jede Iteration zieht ihre Lehren aus den Reibungsverlusten der vorangegangenen. Das übergeordnete Ziel bleibt dabei stets konstant: den Iran als souveräne, unabhängige Bedrohung zu neutralisieren. Doch die Methoden passen sich an. Dies ist kein Masterplan im Sinne eines überzeichneten Hollywood-Klischees – und es ist ebenso wenig bloßes Chaos oder reine Planlosigkeit. Es ist ein Planungsprozess im soziologischen Sinne; komplex, mehrphasig, von verschiedensten Akteuren verfasst, anpassungsfähig und innerhalb seiner eigenen strategischen Grammatik in sich schlüssig.

(Ende Teil 1)

Hier können Sie den zweiten Teil lesen.

Titelbild: KI-generiert mit gemini / Nano Banana